

Tatsachen + Dokumente

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **35 (1956)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lernt Moskau um?

Jugoslawische Methoden auch in der Sowjetunion?

Als *Chruschtschow* im vorigen Jahr Jugoslawien besuchte und sich auch für die dortige Leitung der Betriebe durch die Arbeiter interessierte, äußerte er: «Sehr interessant, aber bei uns kaum durchführbar.» Einige sowjetische Experten waren jedoch anderer Meinung. Nicht nur in den volksdemokratischen Ländern, sondern auch in der Sowjetunion selbst studierte man das jugoslawische Experiment genau. Aus diesen Studien kam man zu dem Beschluß, versuchsweise in einigen Betrieben das jugoslawische Beispiel zu kopieren.

Die Warschauer Regierung führte Mitte dieses Jahres in zwei Warschauer Betrieben die Wirtschaftsleitung durch die Belegschaft ein. Gegenwärtig wertet man die ersten Ergebnisse des Experimentes sehr genau aus. Von dem Erfolg in diesen beiden Betrieben hängt die Möglichkeit ab, das jugoslawische Konzept auf ganz Polen auszudehnen.

Auch in der Sowjetunion wurden in einigen Betrieben sehr vorsichtige Versuche gemacht, um die jugoslawischen Praktiken in dem eigenen Klima der UdSSR zu erproben. Im Funktionärsorgan «Partijnaja Shysnj» (Nr. 15) erschien ein Artikel des Direktors des Kombinats «Trechgornaja Manufaktura», *Skyrenko*, in welchem er über die ersten Erfolge des Experiments der Einbeziehung der Arbeiter in die Wirtschaftsleitung berichtet. In dem erwähnten Textilkombinat wurden nicht nur die früheren — während der Stalinzeit vergessenen — Institutionen, die dem Arbeiter eine gewisse Mitbestimmung ermöglichen, wiederbelebt, sondern es wurde auch als neues Organ eine «Betriebskommission» von neun Arbeitern geschaffen, die sich langsam mit der Leitung des ziemlich komplizierten Betriebes befaßte. Auch in den einzelnen Fabriken des Kombinats, das etwa einer Holdinggesellschaft entspricht, entstanden ähnliche Kommissionen. Die Aufgaben, die jetzt vor den Arbeitern standen, beschränkten sich nicht wie bisher nur auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern umfaßten die Gesamtwirtschaft des Kombinats einschließlich der Beschaffung von Rohstoffen.

Der Direktor des Textilkombinats, *Skyrenko*, berichtet jetzt, daß das Experiment als «völlig erfolgreich» zu bezeichnen sei. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter habe sich verstärkt, auch die Erfüllung der verschiedenen rein technischen Aufgaben laufe jetzt reibungsloser. «Partijnaja Shysnj» schreibt dazu, man könne auf dem «Wege der Heranziehung der Arbeiter zur Leitung des Betriebes weitergehen».

Das Experiment war eine der ersten greifbaren Maßnahmen für die Überwindung des sowjetischen Wirtschaftsprinzips der Einmannleitung (jedynonatschalie). «Partijnaja Shysnj» sieht als beste Endlösung für die UdSSR einen Kompromiß zwischen dem alten sowjetischen und dem jugoslawischen Prinzip. Die Aufgabe der KPdSU sei es dabei, die Direktoren so umzuerziehen, daß sie auch die Meinung der Arbeiter gelten lassen.

Das Experiment im Kombinat «Trechgornaja Manufaktura» hat bei den Arbeitern in der Sowjetunion großen Widerhall gefunden. In verschiedenen Parteiorganisationen verlangen die Arbeiter die Übernahme dieses Experiments auch in ihre Betriebe. Das bestätigte vor einigen Tagen der Gebietssekretär der Partei in Charkow, *Titow*, als er in der «Prawda» über «anarchistische» Äußerungen mehrerer Arbeiter auf Parteiversammlungen in Charkow sprach. Mehrere Redner hätten dort verlangt, die Rechte der Direktoren einzuschränken und die Betriebsleitung in die Hand von Arbeiterräten zu legen. Die Arbeiter

scheinen offenbar ungeduldig zu werden und der Ansicht zu sein, daß man lange genug experimentiert habe. Sie wollen durchgreifende Änderungen in allen Betrieben sehen und üben einen entsprechenden Druck auf die Leitungen aus.

Die Stellungnahme in «Partijnaja Shysnj» zeigt, daß die Sowjetführung diesem Druck Rechnung tragen muß. Nur dadurch wurde man gezwungen, mit durchgreifenden Experimenten zu einer weiteren Demokratisierung der sowjetischen Wirtschaft zu beginnen. Zurzeit befindet sich die ganze Angelegenheit zwar noch immer im Versuchsstadium; aber es gibt genügend Hinweise dafür, daß man in weiten Kreisen der Sowjetunion und besonders in den volksdemokratischen Ländern auf dieses Experiment große Hoffnungen setzt.

Literatur

Prof. Leo Brandt, «Die zweite industrielle Revolution», 36 S. *Prof. Carlo Schmid*, «Mensch und Technik». Die sozialen und kulturellen Probleme im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. 25 S. Beides im Verlag der SPD, Bonn.

Die beiden großen Referate, die am Münchner Parteitag der SPD vom 10. bis 14. Juli 1956 sich mit den Umwälzungen der zweiten industriellen Revolution beschäftigten, liegen jetzt in Form gut ausgestatteter Broschüren im Wortlaut vor. Das ist zu begrüßen, denn in beiden Fällen handelt es sich um grundlegende Probleme, mit denen sich die Arbeiterbewegung dringend befassen muß, will sie nicht den Anschluß an die «kommenden Dinge» verpassen.

Prof. Leo Brandt, Vorsitzender des Technischen Ausschusses der Deutschen Luft Hansa, zeigt vor allem die Erscheinungsformen dieser zweiten, rapid voranschreitenden industriellen Revolution auf und stellt die Aufgaben und Möglichkeiten dar, die sich daraus für Staat und Gesellschaft ergeben. Im ersten Teil zeichnet er in erregender Sachlichkeit den Weg, der von der ersten industriellen Revolution, der Erfindung der Dampfmaschine und der Verwertung der Kohle, in das Zeitalter der Atomenergie und der Automatisierung führte. In wenigen Zahlen macht er deutlich, wie hilflos der einzelne Mensch heute ist angesichts der gewaltigen Mittel, die für die neuen Forschungen und Entdeckungen nötig sind, wie alles auf das Teamwork von Forschungsgruppen und den Einsatz des Staates hinweist. So hat man berechnet, daß für die Laboratoriumseinrichtungen von Faraday, mit denen er die Grundgesetze der Elektrizitätslehre entdeckte, heute 100 DM aufgewendet werden müßten, für den Neubau der Versuchsgeräte von Heinrich Hertz, dem Entdecker der drahtlosen Wellen, 10 000 DM; ein physikalisches Laboratorium der dreißiger Jahre kostete 30 000 DM, während heute ein physikalisches Universitätsinstitut nicht unter 5 Millionen DM möglich ist und ein Materialprüfungsreaktor, wie ihn mindestens ein oder zwei Technische Hochschulen in jedem Land brauchen würden, 500 Millionen DM kostet! Die Vorbedingungen für wissenschaftliche Forschung haben sich also gegenüber früher grundlegend verändert, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft sind nötig, die Worte «Planung» und «internationale Zusammenarbeit» erhalten einen neuen Sinn. Die Ausbildung des technischen Nachwuchses muß von den europäischen Ländern in ganz anderer und großzügiger Weise an die Hand genommen werden, wenn sie nicht gegenüber den neuen außereuropäischen Atommächten in kurzer Zeit zum «unterentwickelten Gebiet» werden sollen. Prof. Brandt kritisiert in diesem Zusammenhang die Einstellung der jetzigen Bonner Regierung, die aus Angst vor dem Popanz des «Staatsdirigismus» sich kleinlich davor hütet, genügende Forschungsmittel und großzügige Stipendien für den Nachwuchs zur Verfügung zu stellen